

DIETMAR DATHE

Kontinuität und Wandel ostdeutscher Ungleichheitsstrukturen

Für die Prognose, Analyse und Bewertung der im Zuge des Transformationsprozesses auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erwarteten bzw. eingetretenen Veränderungen stand vor allem das Bild einer *Modernisierung ostdeutscher Ungleichheitsstrukturen*. Für »moderne« Ungleichheitsstrukturen gelte, daß der Zugang zu sozialen Positionen egalitär geregelt sei: »Soziale Ungleichheit bezeichnet in diesem Fall *erworbene* ... Positionen im sozialen Gefüge, indem z.B. durch eine hohe Qualifikation eine bevorzugte Position im Berufssystem erreicht wird« (Klocke 1993: 112). Soziale Ungleichheit ist demnach vor allem als *relationale* Ungleichheit zu interpretieren, wie sie sich aus der sogenannten Ungleichheits-Triade (Bildung-Beruf-Einkommen) heraus begründet und wodurch gesichert scheint, daß höhere Leistung (im Beruf) in Gestalt einer adäquat differenzierten Vergütung »honoriert« wird, die jeweils höhere soziale Position über die Gleichverteilung von Bildungschancen zugleich aber prinzipiell jedem Mitglied der Gesellschaft offensteht. Im Gegensatz dazu sei die DDR-Gesellschaft durch politisch motivierte Statuszuweisungen seitens der Machteleite und gleichzeitig durch eine überzogene Nivellierung sozialer Ungleichheiten gekennzeichnet gewesen, die die Gesellschaft in wesentlichen Bereichen in einem vor-modernen Zustand verharren ließ und sozio-ökonomische Innovationen verhinderte: Die ostdeutsche Sozialstruktur stand unter *Modernisierungsdruck* (vgl. Geißler 1992). Aus dem Blickwinkel einer *nachholenden Modernisierung* ist der Wandel ostdeutscher Ungleichheitsstrukturen vor allem durch Diskontinuität bzw. den »Bruch« mit den vorhergehenden Strukturen zu kennzeichnen, eine Auffassung, die, wenn auch aus einem grundsätzlich anderen Begründungszusammenhang heraus, auch bei ostdeutschen Autoren anzutreffen ist: »Lebenslagen in den neuen Bundesländern sind (vor allem die unter 60jährigen betreffend) nicht durch lebenslange Kontinuitäten geprägt – die vor allem von der beruflichen Qualifikation bestimmt werden –, sondern von dem nach der Wende erreichten sozialen Status« (Winkler 1997a: 7).

Im folgenden soll die Frage diskutiert werden, ob und inwieweit die im Verlaufe des Transformationsprozesses eingetretenen Veränderungen in der Vermögensverteilung (gemessen an den relativen Einkommenspositionen) sowohl Momente der Kontinuität als auch des Wandels beinhalten? Daraus abgeleitet ergibt sich das Problem, inwiefern die ostdeutschen Ungleichheitsstrukturen mit den west-

Dietmar Dathe – Jg. 1953,
promovierter Wirtschafts-
wissenschaftler, Berlin.

deutschen vergleichbar sind oder nicht. Die These, daß ost- und westdeutsche Ungleichheitsstrukturen vergleichbare Differenzierungs-»Muster« beinhalten, führt schließlich zur Frage danach, inwieweit westdeutsche Ungleichheitsstrukturen auf Leistungsunterschieden beruhen bzw. inwieweit eine größere Ungleichheit in Ostdeutschland mehr Leistungsanreize geschaffen hätte?

Armutspopulation und Einkommenshierarchie in Ostdeutschland 1990 und 1997

Auch wenn die Beschäftigungskrise in ihren verschiedenen Formen (registrierte Arbeitslosigkeit, Inanspruchnahme von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Vorruhestandsregelungen) in Ostdeutschland zeitweilig fast die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung *direkt* erfaßte, blieben der dauerhafte Ausschluß aus dem Beschäftigungssystem und damit einhergehende Verarmungstendenzen auf besondere Problemgruppen konzentriert: Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Personen mit niedriger Qualifikation (Abbildung 1):

Abbildung 1:

Armut in Ostdeutschland 1997 (Prozentwerte/ im Haushaltskontext, 50-Prozent-Schwelle des bedarfsgewichteten durchschnittlichen Haushaltseinkommens)¹

1 Bedarfsgewichtete bzw. »Äquivalenzeinkommen stellen unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen dar und geben das Wohlstandsniveau der jeweiligen Haushalte wieder« (Statistisches Bundesamt 1997: 516). Die Äquivalenz- bzw. Bedarfsgewichtung der Haushaltsnettoeinkommen erfolgt mittels einer Umrechnung der in den betreffenden Haushalten lebenden Personen in »Vollversorgungspersonen« anhand einer sogenannten Äquivalenzziffernskala in Relation zur jeweiligen Bezugsperson des Haushalts. Armut wird hier als relative Einkommensarmut bestimmt: Jemand wird als arm betrachtet, wenn sein (bedarfsgewichtetes) Pro-Kopf-Einkommen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens beträgt. Datenbasis ist die vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg (SFZ) seit 1990 jährlich durchgeführte Befragung in den neuen Bundesländern (vgl. Winkler 1997b).

1997 lebten acht Prozent der ostdeutschen Bevölkerung in Haushalten, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens zur Verfügung stand. Besonders hoch war die Armutsquote in Haushalten von Alleinerziehenden (27 Prozent aller in diesen Haushalten lebenden Personen galten 1997 als arm), in Haushalten mit drei und mehr Kindern, von Arbeitslosen und von Un-/Angelernten.

Zum einen wird hier ein Bruch deutlich (1990 betrug die ostdeutsche Armutsquote drei Prozent), zum anderen ist es gerade der Bereich, in dem die »Verwestlichung« besonders weit vorangeschritten ist: Die in Abbildung 1 aufgeführten sozialen Haushaltsgruppen sind auch in Westdeutschland diejenigen, die sich durch ein besonders hohes Verarmungsrisiko auszeichnen (vgl. Hanesch u.a. 1994).

Der keineswegs gleichmäßigen Verteilung der Verarmungsrisiken in Ostdeutschland bzw. in den neuen Bundesländern entspricht die sozial differenzierte »Teilhabe« an der allgemeinen Einkommensentwicklung, wie sie in den Veränderungen der relativen Einkommenspositionen 1997 im Vergleich zu 1990 ihren Ausdruck finden (Tabelle 1):

Tabelle 1:

Relative Einkommensposition ausgewählter sozialer Haushaltsgruppen in Ostdeutschland 1990 und 1997 (Basis Nettoäquivalenzeinkommen, in Prozent)*

Die Veränderung der relativen Einkommenspositionen bezogen auf den Gesamtdurchschnitt ist ein wichtiger Indikator für sozio-strukturelle Veränderungen, die im Verhältnis zwischen sozialem bzw. demographischem Status und Einkommensniveau ihren Ausdruck finden.

Eine Verbesserung der Einkommensposition in bezug auf den Gesamtdurchschnitt resultiert aus einer überdurchschnittlichen Zunahme der Einkommen in der betreffenden Haushaltsgruppe gegenüber der Gesamtentwicklung. Umgekehrt resultiert eine Verschlechterung der relativen Einkommensposition dementsprechend aus einer unterdurchschnittlichen Zunahme der Einkommen gegenüber der Gesamtentwicklung.

Hinsichtlich der *beruflichen Stellung* wiesen Haushalte von Selbständigen und, in geringerem Maße, auch Haushalte von Angestellten eine überdurchschnittliche Einkommensentwicklung

2 Die herausgehobene Stellung der Gruppe der Selbständigen in der DDR muß angesichts der allgemeinen Rahmenbedingungen verwundern. Im Jahre 1988 lag das durchschnittliche Nettojahreseinkommen der Selbständigen mit rd. 23.000 Mark deutlich über dem von ArbeitnehmerInnen mit rd. 13.000 M (vgl. Bedau u.a. 1993).

auf². Nach der *Qualifikation* betrachtet waren es insbesondere Haushalte von Fach-, Hochschulabsolventen und, mit deutlichem Abstand zur ersteren Gruppe, die Haushalte von Facharbeitern bzw. Meistern. Nach *Familientyp* konnten nur Paare ohne Kinder ihre Einkommensposition verbessern.

Somit ergibt sich insgesamt das Bild, daß die Einkommensunterschiede *zwischen* den angeführten sozialen Haushaltsgruppen zugenommen haben und zwar in der Weise, daß diejenigen Haushaltsgruppen, die 1990 schon eine über dem Durchschnitt liegende Einkommensposition aufwiesen, ihre Einkommensposition deutlich verbessern konnten. Daraus folgt, daß die Haushalte, deren Einkommensposition 1997 unter dem Durchschnitt lag, diejenigen waren, für die dies auch 1990 galt: Haushalte von Arbeitern, Un- bzw. Angelernten, Haushalte mit Kindern. Mit anderen Worten: Die *bestehenden* Unterschiede, wie sie bis zum Ende der DDR existierten bzw. sich in der DDR herausgebildet hatten, wurden vertieft.

Darüber hinaus zeigt der Vergleich zwischen Haushalten von Erwerbstätigen und Arbeitslosen die Bedeutung des *Erwerbsstatus* für die eingenommene Einkommensposition. Deutlich verbessern konnten ihre Einkommensposition auch Rentnerhaushalte.

Wenn es unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu einer Reproduktion bzw. Fortsetzung DDR-spezifischer Ungleichheitsmuster gekommen ist – trotz der eingetretenen sozialen Verwerfungen die Entwicklung also *auch* von Kontinuität geprägt wird –, verweist dies nur darauf, daß den »realsozialistischen« Ungleichheitsstrukturen dieselben Ursachen (Kinderzahl, berufliche Position bzw. Bildungsabschlüsse, Alter, Geschlecht) wie den »modernen« marktwirtschaftlichen Ungleichheitsstrukturen zugrunde lagen.

Ungleichheitsstrukturen in der DDR

In der sozialwissenschaftlichen Analyse erscheint die Sozialstruktur der DDR als ein »Zwitterwesen« von übermäßiger Nivellierung und gleichzeitig doch vorhandenen sozialen Ungleichheiten, die von westdeutschen Autoren zumeist Privilegien genannt werden. So schlägt Geißler folgendes DDR-Schichtungsmodell vor: »In der Schichtstruktur hat das zentralistisch-bürokratische Herrschaftssystem die Herausbildung einer monopolistischen Machtelite mit einer aufgeblähten disziplinierten sozialistischen Dienstklasse zur Folge. Diesen beiden Klassen steht eine in politiksoziologischem Sinne »entdifferenzierte«, »klassenlose« Gesellschaft gegenüber ...« (Geißler 1993a: 15).

Dieses bipolar gezeichnete Bild der ostdeutschen Sozialstruktur steht der Aussage gegenüber, daß Arbeiter und Bauern »sozial vergleichsweise gut gestellt, während die sozio-ökonomischen Privilegien wichtiger Leistungsträger – des zahlenmäßig stark dezimierten alten Mittelstandes oder hochqualifizierter Berufsgruppen – vergleichsweise stark beschnitten wurden« (ebenda: 14). Obwohl Geißler den Arbeitern nur eine »gebremste Leistungsbereitschaft und lockere Arbeitsdisziplin« attestiert (vgl. ebenda: 151). Die gegenüber Arbeitern und Bauern wenig privilegierte Stellung des Mittelstandes konnte zumindest von einzelnen ihrer Vertreter

durchbrochen werden: »Neben kleinen gerade noch überlebensfähigen Ladenbesitzern gab es gut gehende Handwerksbetriebe, deren Eigentümer z.B. schon zu einer Zeit einen neuen Mercedes fuhren, als ein VW-Golf in der DDR noch Seltensheitswert hatte. Manche Handwerker konnten es sich leisten, ihre knappen Dienstleistungen z.T. nur gegen harte DM anzubieten und gehörten damit zum privilegierten Kreis derjenigen, die über West-Devisen verfügten« (ebenda: 107). Die »Privilegierung« der Intelligenz soll man sich als eine Kombination von geringen materiellen Vorteilen und hoher politischer Loyalität vorstellen: »Da mit Universitätsabschlüssen nur wenig materielle Vorteile verbunden sind, fehlt für die eher instrumentalistisch orientierten Arbeiterkinder der Anreiz, die Anstrengungen langer Bildungswege auf sich zu nehmen. Und vom offiziellen Auslesekriterium der politischen Loyalität profitieren die Kinder der sozialistischen Intelligenz, weil sie den Forderungen nach politisch-gesellschaftlichem Engagement eher nachkommen« (Geißler 1993b: 73)³.

Es fällt schwer, die angeführte Beschreibung auf einen Begriff zu bringen. In ihr vermischen sich gewissermaßen einerseits Merkmale einer »Ständegesellschaft« (Meier) und einer »nach unten nivellierten Gesellschaft« (Lötsch) andererseits. »Die sozialistischen Gesellschaften bauten sich aus mehreren übereinander gelagerten Ständen auf, die in sich nochmals in vielfacher Hinsicht sozial stratifiziert waren« (Meier 1991: 29f.). Lötsch stellt dagegen vor allem die fehlende soziale Differenzierung in den Vordergrund: »... während es auf der einen Seite zur Formierung von ›Reichtum‹ in soziologisch ins Gewicht fallenden Größenordnungen *nicht* kam (weder bei Handwerkern und Gewerbetreibenden noch in der ›sozialen Schicht der Intelligenz‹), verhinderte die staatlich gesteuerte Sozialpolitik ... doch auch die Herausbildung von Armut im *absoluten* Sinne des Begriffes, wie Hunger, Obdachlosigkeit etc.« (Lötsch 1993: 35).

Tabelle 2 faßt einige Resultate einer Untersuchung von 1979/80 zur Differenzierung ausgewählter Lebenslagedimensionen in den europäischen COMECON-Staaten für die Gruppe der DDR-Industriebeschäftigten zusammen.

Tabelle 2:

Vergleich der Lebenslagedimensionen zwischen ausgewählten sozialen Gruppen in der DDR 1979/80 (Un- bzw. Angelernte = 100)

3 Der in den Zitaten zum Ausdruck kommende »Mix« von moralischen Wertungen, (vermittelten) Alltagsindrücken, modernisierungstheoretischen Ansätzen und schlicht Vorurteilen der sozialistischen Dienstleistungsklasse »über die Faulpelze da unten« widerspiegelt auf seine Weise, vielleicht mehr als dem Autor bewußt ist, sehr treffend die ostdeutsche Gemengelage bezüglich sozialer Differenzierung: wo die eigene materielle Besserstellung im Namen des »Leistungsprinzips« eingefordert wurde und die materielle Besserstellung der anderen immer nur ungerechtfertigte »Privilegien« darstellten.

Der stärkste Nivellierungseffekt ging demnach nicht von den Arbeitseinkommen, sondern von demographischen Faktoren aus. Die an den Untersuchungen beteiligten Autoren setzen für die Erklärung der aufgezeigten Lebenslageunterschiede unterschiedliche Akzente. Lötsch/Wörner (1983) verweisen in einer Auswertung der Daten lediglich auf die »reale Vielschichtigkeit des Problems«, für Müller-Hartmann (1994) ist der unterschiedliche Ausstattungsgrad mit langlebigen Konsumgütern Ausdruck der kumulativen Wirkung langjähriger Einkommensunterschiede.

Man kann die Daten aus Tabelle 2 mit einiger Vorsicht als Beleg für den Einfluß nichtmonetärer Faktoren auf die soziale Differenzierung bzw. umgekehrt als Beleg für den geringen Einfluß monetärer Einkünfte werten. Vergleicht man aber die Unterschiede im Arbeitseinkommen zwischen Un- bzw. Angelernten, Facharbeitern und der Intelligenz und die Unterschiede hinsichtlich des Gesamtindex, kann eine weitgehende Deckungsgleichheit konstatiert werden (letzteres gilt nicht für die Gruppe der Angestellten). D.h., auch wenn die sozialen Differenzierungen nicht allein auf Verdienstunterschiede zurückzuführen sind, haben die monetär und nichtmonetär verursachten Lebenslagenunterschiede aber zu weitgehend deckungsgleichen Differenzierungsmustern geführt.

Im internationalen Vergleich hatte die DDR (gemeinsam mit Polen), was den »Abstand« zwischen der Gruppe der Un- bzw. Angelernten und der Gruppe der Intelligenz betraf, innerhalb der COMECON-Staaten eine Spitzenstellung inne. Gleichzeitig war der Unterschied zwischen Un- bzw. Angelernten und Facharbeitern in der DDR deutlicher ausgeprägt als in Polen. Der Abstand zwischen Facharbeitern und (einfachen) Angestellten fiel dagegen geringer aus (vgl. Müller-Hartmann 1994).

Diese Lebenslagenunterschiede haben sich, was Einkommens- und Wohnverhältnisse betraf, bis Ende der achtziger Jahre kaum verringert. Im Jahre 1988 lagen die durchschnittlichen Löhne und Gehälter von Erwerbstätigen mit Hoch- und Fachschulabschluß bei 151 Prozent und von Erwerbstätigen mit Facharbeiter- bzw. Meisterabschluß bei 122 Prozent der durchschnittlichen Nettolöhne bzw. -gehälter von Erwerbstätigen ohne beruflichen Abschluß (vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik o.J.).

1990 verfügten beispielsweise nur 33 Prozent aller Haushalte von un- bzw. angelernten Arbeitern über eine Wohnung mit WC/Bad/Zentralheizung gegenüber 47 Prozent der Facharbeiter, 53 Prozent der einfachen Angestellten, 65 Prozent der qualifizierten und 72 Prozent der leitenden Angestellten (Landua 1993). Adler/Kretzschmar (1993), die in einer im Juni 1990 durchgeführten Untersuchung zu ganz ähnlichen Resultaten gelangten, interpretieren die Unterschiede im Wohnkomfort als Resultat von drei Faktoren: Einkommensunterschiede, an berufliche Positionen gebundene Zugangsmöglichkeiten und als Konsequenz der regional/räumlich äußerst differenzierten Wirkung staatlicher Wohnungsbaupolitik. Für letzteres Argument spricht die desolate Lage des Wohnungsbestandes und der sozial-kulturellen Infrastruktur in den industriellen Ballungszentren im Süden der ehemaligen DDR, die, abgesehen von den eher als problematisch anzusehenden

»Satellitenstädten«, städtebaulich seit den siebziger Jahren so gut wie keine Veränderung mehr erfahren haben.

Die Daten aus Tabelle 2 scheinen somit eher das Bild von einer »Ständegesellschaft« zu bestätigen, soweit man davon ausgeht, daß die jeweiligen gruppen *internen* Differenzierungen nie über die sozialen Unterschiede *zwischen* den Gruppen selbst »hinausreichen«. Auf der Grundlage einer relativ kleinen Datenbasis soll im folgenden deshalb auf die Differenzierung *zwischen* und *innerhalb* sozialer Gruppen in der ehemaligen DDR eingegangen werden (vgl. Tabelle 3)⁴.

4 Die Daten entstammen aus einer vom damaligen Institut für Soziologie und Sozialpolitik an der AdW der DDR im Zeitraum 1983/84 durchgeführten Befragung im Rahmen des Forschungsprojektes »Leistungsverhalten bei der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts« (WiTAL).

Gegenüber der durchschnittlichen Entlohnung (Mittelwert) eines/r FacharbeiterIn erhielt ein(e) FachschulabsolventIn das 1,24fache und ein(e) HochschulabsolventIn das 1,35fache, was das Bild von einer »nach unten nivellierten Gesellschaft« sicher bestätigt, einschließlich des Umstandes, daß die Differenz zwischen Fach- und Hochschulabsolventen nur 11 Prozentpunkte betrug. Gleichzeitig wird anhand des NPR-Maßes D1/D10⁵ aber auch deutlich, daß innerhalb jeder der drei Gruppen der Nettoverdienst des höchsten Dezils jeweils ca. das Doppelte des Nettoverdienstes des untersten Dezils betrug, d.h., die relativ geringen Einkommensunterschiede *zwischen* den Gruppen gingen mit einer erheblichen Einkommensdifferenzierung *innerhalb* der jeweiligen Gruppen einher.

In den Zeilen 3 bis 5 werden die »Konsequenzen« dieser Situation deutlich: In Zeile 3 sind die Einkommensrelationen zwischen dem höchsten Dezil der Facharbeitergruppe und dem niedrigsten Dezil der anderen zwei Gruppen ausgewiesen: danach lag der Nettoverdienst der obersten zehn Prozent der FacharbeiterInnen um ca. 60 Prozent über dem des untersten Dezils der FachschulabsolventInnen bzw. ca. 40 Prozent über dem der Hochschulabsolventen. Gleichzeitig war aber auch zu verzeichnen, daß – wie in Zeile 4 dargestellt – die obersten zehn Prozent der Beschäftigten mit Fachschulausbildung den Nettoverdienst der untersten zehn Prozent der Gruppe der Facharbeiter um das 2,7fache übertrafen und den der untersten zehn Prozent der Gruppe der Hochschulabsolventen noch um das 1,8fache. Die Zeile 5 enthält die entsprechenden Relationen zwischen dem 10. Dezil der Hochschulabsolventen zum 1. Dezil der Facharbeiter und Beschäftigten mit Fachschulabschluß.

Zu den gleichen Ergebnissen gelangt man bei Betrachtung der

Einbezogen waren verschiedene naturwissenschaftlich-technische Einrichtungen der AdW und Produktionsabteilungen von sechs Industriekombinaten der DDR. Der Anteil der AdW-Angehörigen an der Gesamtzahl der Befragten betrug 24 Prozent (vgl. Dathe 1985).

5 Das NPR (Nth Percentile Range)-Maß »D1/D10« mißt die »Spannweite« zwischen dem Maximaleinkommen der untersten zehn Prozent (Dezil) und dem Minimaleinkommen der höchsten zehn Prozent aller Einkommensempfänger.

beruflichen Stellung, wie Produktionsarbeiter, wissenschaftlich-technisches Personal, wissenschaftliches Personal und Leiter (vgl. Dathe 1985).

Über alle Gruppen hinweg kann der Einfluß des *Geschlechts* auf die Einkommensdifferenzierung nachgewiesen werden: Der Mittelwert der Nettoverdienste männlicher Beschäftigter lag 30 Prozent über dem weiblicher Beschäftigter (lt. Angaben der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik lag der Einkommensunterschied zwischen vollbeschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitern/Angestellten 1988 insgesamt ebenfalls bei 32 Prozent), wobei die Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten am größten im unteren Einkommensbereich ausfielen. Gleichzeitig waren aber die relativen Einkommensunterschiede innerhalb der Gruppe der weiblichen Beschäftigten größer als innerhalb der männlichen Beschäftigten (D1/D10 : 2,15 zu 1,93).

Relativ bedeutsam war auch der Einfluß des Senioritätsprinzips auf die Einkommensunterschiede: Die Nettoverdienste nahmen mit dem Lebensalter zu und erreichten in der Altersgruppe von 46-55 Jahre ihr höchstes Niveau (bezogen auf den Mittelwert das 1,42fache gegenüber der Altersgruppe von 18 bis 25 Jahre).

Für Löttsch/Wörner waren diese »Überlagerungseffekte« zwischen den einzelnen Bildungs- bzw. Berufsabschlüssen ein Beleg dafür, »daß auf der Ebene der gruppeninneren Differenzierungen das Leistungsprinzip eine größere Rolle spielt« (Löttsch/Wörner 1983: 170), was insoweit fraglich erscheint, als die Überlagerungseffekte vielfach aus »Einkommensüberlagerungen« zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten unterschiedlicher Beschäftigtengruppen resultierten.

Angesichts der durchaus vorhandenen Differenzierungen muß folgende Äußerung über die soziale Realität der DDR eher als nachträgliche Verklärung gelten: »Früher saßen alle im gleichen Boot, die sozialen Unterschiede waren nicht da. Jeder wußte, was der andere verdient. Es gab keine sozialen Unterschiede, auch nicht am Biertisch« (zit. nach: Gebhardt/Kamphausen 1995). Diese Feststellung kontrastiert sehr stark zu den tatsächlichen Gegebenheiten in der vormaligen DDR – beispielsweise der durchaus vorhandenen Abgrenzung zwischen »oben« (»Wasserkopf«) und »unten« in den Betrieben (vgl. Bluhm 1991) oder Äußerungen wie die vom »Bauern-und-Handwerker-Staat« (eine Persiflage des sogenannten Arbeiter-und-Bauern-Staates), »alle Menschen sind gleich, aber manche sind gleicher« usw.

Die Erklärung ist wohl eher darin zu suchen, daß es sich um eine (Neu-)Bewertung der damaligen Lage angesichts der aktuellen Erfahrungen handelt, wo der Bereich soziale Sicherheit über alle Gruppen hinweg derjenige Bereich ist, der mit den größten Verluste Erfahrungen verknüpft wird. Soziale Unterschiede bzw. Differenzierungen haben dabei eine prinzipiell neue Qualität angenommen, insoweit sie wesentlich über die Teilhabe bzw. Nichtteilhabe am Erwerbsleben bestimmt sind und für dauerhaft Ausgegrenzte bis zur sozio-kulturellen Existenzfrage führen können. Gleichzeitig werden »Aufstieg« bzw. die Nichtteilhabe am Aufstieg anhand der Statussymbole für jedermann nach außen hin sichtbar. Damit ging

ein Bedeutungsverlust sozialer Netzwerke mit ihren wechselseitigen Abhängigkeiten einher, in denen sich der »Status« des einzelnen über die Mobilisierbarkeit knapper Ressourcen definierte.

Einkommensdifferenzierung und Leistungsprinzip

Unbestritten ist, daß die absoluten Einkommensunterschiede sowie die mittelbar und unmittelbar damit verknüpften sozio-strukturellen Lebenslageunterschiede in Gesellschaften wie der Bundesrepublik erheblich größer als in der ehemaligen DDR waren und demnach die Schlußfolgerung naheliegt, in der nivellierten Sozialstruktur des Sozialismus »die causa finalis für sein letztlisches Scheitern dingfest zu machen« (Lötsch 1991: 62).

Empirisch wird dieser Unterschied von Lötsch u.a. an dem (im Vergleich zu Westdeutschland) um die Hälfte geringeren durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen in der ehemaligen DDR festgemacht. Hauser verweist demgegenüber zu Recht darauf hin, daß derartige Niveauvergleiche als solche wenig aussagekräftig sind, wenn die relevanten Systemunterschiede nicht mitbedacht werden (Hauser 1992: 62):

- Unterschiede im Preis- und Marktsystem sowie in der Verfügbarkeit von Gütern und im für die Güterbeschaffung erforderlichen Zeitaufwand;

- Unterschiede in bezug auf die Verfügbarkeit und Sicherheit von Arbeitsplätzen und die Übernahme von sozialen Absicherungsaufgaben durch die Betriebe;

- Unterschiede in Art und Ausmaß der vom Staat kostenlos oder verbilligt zur Verfügung gestellten Güter und Leistungen sowie in der Berechtigung zu deren Inanspruchnahme;

- Unterschiede in Art und Ausmaß des sozialen Schutzes, der durch Sozialabgaben erworben werden konnte.

Die niedrige Höhe der Bruttogrößen einerseits und die geringe Brutto-Netto-Differenz andererseits liegt auch darin begründet, daß die Finanzierung des sozialen Sicherungssystems in der DDR primär aus den Abgaben der Betriebe an den Staat und nicht über die Abzüge von den Erwerbseinkommen erfolgte.

Die von Lötsch postulierte »Triebkraftfunktion sozialer Unterschiede« beruht letztlich auf der These, daß in Systemen mit geringer Einkommensspreizung unterdurchschnittliche oder auch nur durchschnittliche Leistungen nicht ausreichend sanktioniert und überdurchschnittliche Leistungen nicht ausreichend honoriert würden. Folgt daraus im Umkehrschluß, daß die höhere Einkommensungleichheit in marktwirtschaftlich verfaßten Systemen auf der höheren Entgeltwirksamkeit unterschiedlicher Arbeitsleistungen basiert?

Eine allein aus der individuellen Arbeitsleistung resultierende Entgeltdifferenzierung, wie es das neoklassische Arbeitsmarktmodell annimmt, setzt die vollkommene Konkurrenz bzw. den perfekten Markt voraus, die beide für Westdeutschland nicht real existieren. Statt dessen sind »sowohl die Wirtschaftszweige und die Arbeitsmarktsegmente als auch die Betriebe und Arbeitsplätze ... bedeutsame Verdienstdeterminanten« (Szydlik 1993: 193).

Auch bezogen auf die differenzierende Wirkung der Unterschei-

dung zwischen »Arbeitern« und »Angestellten«, wie sie für das westdeutsche Tarifsysteem charakteristisch ist, hat dies wenig mit Unterschieden in der individuellen Arbeitsleistung zu tun. Hier findet eher eine Konservierung historisch gewachsener Entgeltstrukturen statt. »Einfache Sachbearbeitertätigkeiten werden inzwischen genauso (oder besser) honoriert wie hochqualifizierte Facharbeit in der Produktion« (Schmidt 1995: 76).

Eine *wohlfahrtsstaatliche* Einkommensverteilung ist primär durch eine Einkommensspreizung *nach oben* gekennzeichnet. Die Spitzenposition haben dabei die Selbständigen-Haushalte, d.h. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, inne (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4 macht darüber hinaus zweierlei deutlich: Einmal zeigt sie, daß die Abstände *zwischen* den Einkommenspositionen der ausgewiesenen Haushalte in beiden Teilen Deutschlands annähernd gleich groß sind. Die gleichzeitig günstigeren Einkommenspositionen der ostdeutschen *gegenüber* den westdeutschen Haushalten ist demnach zweitens vor allem darauf zurückzuführen, daß hier die *Differenzierung nach oben* deutlich geringer als in Westdeutschland ausfällt. Letzteres ist u.a. die Konsequenz einer Strategie der Privatisierung durch (subventionierten) Verkauf, was folgendes Resultat gezeitigt hat: »Ein wesentlicher Teil des privatisierten Staatsvermögens ist in die Hände von Westdeutschen und Ausländern übergegangen« (Hauser 1997: 1).

Ist diese größere Einkommensspreizung Ausdruck einer »gerechteren« Bewertung unterschiedlicher menschlicher Fähigkeiten und stimuliert sie die Ausbildung dieser Fähigkeiten?

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzung von Lange mit dem sogenannten Pareto-Gesetz – die relative Abnahme (Siebung) der Personenzahl beim Übergang zu immer höheren Einkommen. Das Pareto-Gesetz ist oft als Ausdruck einer naturgegebenen Verteilung menschlicher Fähigkeiten interpretiert

worden. Lange konnte demgegenüber nachweisen, »daß die Einkommen homogener sozialer Gruppen normal oder logarithmisch normal verteilt sind. Denn die Tendenz, ein den Bedingungen der jeweiligen Gruppe entsprechendes charakteristisches Einkommen zu erzielen, wird von zufälligen Abweichungen überlagert, die durch zahlreiche sekundäre Einflüsse verursacht werden. Mit einer Paretianischen Verteilung haben wir es demgegenüber in jenen Fällen zu tun, bei denen das Eigentum aus Kapitalvermögen oder Feudaleigentum stammt. Das ist auch verständlich, denn je höher das Vermögenseinkommen, um so leichter ist ohne Zweifel auch seine Vermehrung« (Lange 1968: 149).

Eine Schlußfolgerung daraus könnte lauten, daß die Implantierung marktwirtschaftlicher Verdienstdifferenzierungen (bzw. deren Simulierung) in das Einkommensgefüge der DDR, im Sinne ihrer »Triebkraftfunktion«, nicht die wirtschaftliche Dynamik ausgelöst hätte, die eine Reihe von Autoren sich davon erhofft. Die größere Einkommensdifferenzierung in Marktwirtschaften erklärt sich vielmehr aus den Rückkopplungsbeziehungen zwischen Einkommens- und Vermögensverteilung, die wiederum einen entsprechenden Kapitalmarkt voraussetzen.

Das oben beschriebene läßt sich in drei Punkte zusammenfassen:
– Auch hinsichtlich der sozialen Differenzierung hat es in den neuen Bundesländern keine Stunde *Null*, unabhängig und jenseits aller »Seilschaften«, gegeben. Zumindest die Chance, die eigene Wohlfahrtsposition zu halten oder zu verbessern, ist sehr wohl mit dem bereits in der DDR erworbenen Wohlfahrtsstatus verknüpft.

– Davon abweichende Verläufe, als Folge von Arbeitslosigkeit, Frühverrentung oder Berufs- und Tätigkeitswechsel (mit jeweils sehr unterschiedlichen Folgen für die aktuelle Wohlfahrtslage), werden durch diese Feststellung nicht negiert bzw. bestritten, doch auch diese Verläufe trafen Männer und Frauen unterschiedlich. »Im Vergleich zu den Männern verblieben Frauen eher auf den niedrigeren beruflichen Positionen oder verschlechterten sich häufiger. Nur sehr wenigen Frauen gelang es, in den Bereich der hochqualifizierten Angestellten vorzudringen. Umgekehrt verbesserten Männer häufiger als Frauen ihren beruflichen Status« (Holst/Schupp 1995: 405).

– Spiegelbildlich dazu hat die Entgeltendifferenzierung in marktwirtschaftlichen Ordnungen noch nie nach den Regeln eines (unterstellten) *perfekten* Marktes funktioniert und demzufolge ist die gegebene Entgeltendifferenzierung nicht der unvermittelte Ausdruck unterschiedlicher individueller Arbeitsleistungen. Noch weniger ist diese Annahme für die Verteilung der Vermögen bzw. Vermögenseinkünfte angebracht, denn, wie Nell-Breuning es schon formulierte: »Nicht das Eigentum der einen, sondern das ›Nicht-Eigentum‹ der anderen entscheidet« (Nell-Breuning 1990: 284).

Literatur

- Adler, F. und A. Kretschmar (1993): Ungleichheitsstrukturen in der ehemaligen DDR, in: R. Geißler (Hg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen, S. 93-118.
Bedau, u.a. (1993): Untersuchungen zur Einkommensverteilung und -umverteilung in der DDR 1988 ..., in: Beiträge zur Strukturforchung, H. 143.
Bluhm, K. (1991): Vom gescheiterten zum nachholenden Fordismus?, in: Berliner Debatte INITIAL, Nr. 3, S. 251-260.

- Dathe, D. (1985): Messung und Bewertung der Einkommensverteilung spezifischer Bereiche der DDR (Mimeo).
- Gebhardt, W. und G. Kamphausen (1995): »Früher haben wir sicherer gelebt!« Über soziale Gewinne und Verluste der Wiedervereinigung, in: H. Sahner und S. Schwendtner (Hg.): 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Kongreßband II, Opladen, S. 180-185.
- Geißler, R. (1992): Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen.
- Geißler, R. (1993a): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, in: ders. (Hg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen, S. 7-29.
- Geißler, R. (1993b): Sozialer Umbruch als Modernisierung, in: ders. (Hg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen, S. 63-61.
- Hanesch, W. u.a. (1994): Armut in Deutschland, Reinbek b. Hamburg.
- Hauser, R. (1992): Die personelle Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern vor der Vereinigung, in: G. Kleinhenz (Hg.): Sozialpolitik im vereinten Deutschland II, Berlin, S. 37-72.
- Hauser, R. (1997): Die Vereinigung ist abgeschlossen – die Unterstützung für den Osten wird fortgesetzt, in: Das Parlament, Nr. 3-4.
- Holst, E. und J. Schupp (1995): Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 23, S. 401-410.
- Klocke, A. (1993): Sozialer Wandel, Sozialstruktur und Lebensstile in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M u.a.
- Landua, D. (1993): Stabilisierung trotz Differenzierung?, WZB-Discussion Paper, Berlin, pp 93-107.
- Lange, O. (1968): Einführung in die ökonomische Kybernetik, Berlin.
- Lötsch, M. (1991): Konturen einer Theorie der Sozialstruktur, in: Berliner Journal für Soziologie, Nr. 2, S. 195-202.
- Lötsch, M. (1993): Sozialstruktur und Systemtransformation, in: R. Geißler (Hg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen, S. 31-39.
- Lötsch, M. und G. Wörner (1983): Materielle Lebensbedingungen und Annäherungsprozesse, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1983, Berlin, S. 161-175.
- Meier, A. (1991): Die Revolution entläßt ihre Theoretiker, in: B. Giesen und C. Leggewie (Hg.): Experiment Vereinigung, Berlin, S. 28-37.
- Müller-Hartmann, I. (1994): Lebensbedingungen von Kindern und soziale Ungleichheit in der ehemaligen DDR im Spiegel soziologischer Forschungen (Mimeo).
- Nell-Breuning, O.v. (1990): Den Kapitalismus umbiegen, Düsseldorf.
- Schmidt, R. (1995): Forschungsdefizite im Bereich industrieller Arbeit, in: D. Dathe (Hg.): Wege aus der Krise der Arbeitsgesellschaft, Berlin, S. 73-79.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.) (o.J.): Haushaltseinkommen und Ausstattung der Haushalte von Arbeitern und Angestellten 1980-1988, Berlin.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (1997): Datenreport 1997. München u. Landsberg/Lech: Bonn Aktuell.
- Szydlík, M. (1993): Arbeitseinkommen und Arbeitsstrukturen, Berlin.
- Winkler, G. (1997a): Ostidentität – ein Sichfinden in Gestern und Heute?, in: Sozialreport, Nr. 1, S. 3-9.
- Winkler, G. (Hg.) (1997b): Sozialreport 1997, Berlin.